

## Nordrhein-Westfalen

## Wie die bedrohten Tausenden Arbeitsplätze bei Opel verteidigen? Wie die Entlassungswelle stoppen?

**„Initiativen der SPD zum Schutz der Arbeitsplätze sind existenziell für die ArbeitnehmerInnen in NRW“, GewerkschaftskollegInnen und SPD-GenossInnen diskutieren in Düsseldorf die Bilanz des SPD-Parteitags in Verbindung mit den NRW-Wahlen am 9. Mai 2010.**

Weitere Arbeitsplätze bei Opel-Bochum sind unmittelbar bedroht, nach einem Kahlschlag, der schon 17.000 Arbeitsplätze vernichtet hat. Während z.B. Bochum 1980 noch rd. 75.000 gewerbliche Arbeitsplätze hatte, sind es nach dem Weggang von Nokia im Jahr 2008 noch 32.000. Das ist das Beispiel nur einer Stadt im Ruhrgebiet. Thyssen-Krupp will erneut 10.000 Arbeitsplätze und mehr als die Hälfte der Kurzarbeiter streichen.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl erwartet nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für Deutschland im

laufenden Jahr einen Rückgang der Rohstahlproduktion um rund 30%. Bedroht sind vor allem der Maschinenbau, die Autoindustrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und von Metallerzeugnissen. Das trifft besonders extrem NRW.

In dieser dramatischen Situation macht sich der CDU-Ministerpräsident von NRW zum Vorreiter eines „Job-Paket-Modells“, das hervorgeht aus dem fortgesetzten, im Rahmen der Großen Koalition konstituierten „Bündnis für Arbeit“ von Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Rüttgers schlägt der Bundesregierung vor, zur Sicherung der Arbeitsplätze über ein „kleines Kurzarbeitergeld“ die Unternehmer bei Steuern und Sozialabgaben weiter zu entlasten. Er stützt sich dabei auf einen Vorschlag der Arbeitgeber und Gewerkschaften, der vorsieht, dass Betriebe in Not befristet die 28-Stunden, bzw. 26-Stunden-Woche einführen können. Dieser Vorschlag stützt sich auf den im IG-Metall-Bereich existierenden „Beschäftigungs“-Tarifvertrag, der eine Kürzung von 36 auf 30 Wochenstunden und entsprechenden Lohnverzicht von 14% vorsieht. Für die nun noch zusätzlich 2 bzw. 4 wegfallenden Arbeitsstunden sollen 25% des dafür ausfallenden Lohns weiter gezahlt werden. Im Gegenzug soll der Staat die Unternehmer für diesen Teil-Lohnausgleich von Abgaben und Steuern frei stellen.

Für die Unternehmer heißt das Kostenersparnis gegenüber dem bisherigen Kurzarbeits-Modell.

Für die Arbeitnehmer heißt das, sie werden doppelt und dreifach zur Kasse gebeten: über weiteren Lohnverzicht; über die Plünderung der Sozialkassen und öffentlichen Haushalte; über Verluste bei den Ansprüchen an die Sozialversicherung, z.B. bei der Rente.

Die Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen werden unter dem Druck der drohenden Massenentlassungen erpresst, mit diesem Lohnraub auch trotzdem die täglich stattfindenden Entlassungen zu akzeptieren, worauf die am Anfang genannten Zahlen hinweisen.

„Kalkuliert wird bei dem Vorstoß ganz eindeutig mit der Furcht der schwarz-gelben Koalitionäre vor steigenden Arbeitslosen Zahlen im Vorfeld der NRW-Wahlen im Frühjahr 2010“, kommentiert die »Welt« dieses „durchsichtige Manöver“.

Für die CDU steht ihr Machterhalt in NRW auf dem Spiel, der für die schwarz-gelbe Bundesregierung endlich die Schleusen öffnen soll für die dringlich geforderten Maßnahmen zur Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung und Jugend. Auf keinen Fall wird die Welle der Massenentlassungen, die schon eingesetzt hat, gestoppt werden. Schon im ersten Jahr der Krise konnte die Kurzarbeit für Millionen ArbeitnehmerInnen nicht verhindern, dass z.B. in der Industrie in einem Jahr mehr als 200.000 arbeitslos wurden.

„Kein Gewerkschafter, kein Sozialdemokrat kann diese Entwicklung hinnehmen. Die SPD muss auf eine Politik zur Erfüllung der Forderungen der Mehrheit, der arbeitenden Bevölkerung an Rhein und Ruhr, verpflichtet werden, in deren Zentrum die Verteidigung der gewerblich-industriellen Arbeitsplätze und ihrer Betriebe steht, der Kampf für das Verbot der Entlassungen und für die staatliche Garantie zum Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel – »Opel unter staatlichen Schutz«.“ Dafür ergreifen SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen aus NRW die Initiative, denn das ist der Weg, um die SPD wieder an die Seite der ArbeitnehmerInnen zu stellen. „Wir sind uns sicher, dass eine SPD, die sich auf diesen Kurs verpflichtet, diese Mehrheit mobilisieren und Rüttgers und die FDP aus der Regierung werfen kann.“ (S. 7)

CARLA BOULBOULLÉ

**Bei einem Aus des Eisenacher Opel-Werks wären rund 22.000 Jobs in ganz Deutschland in Gefahr. Das haben Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle ergeben. Demnach würde eine Werksschließung nicht nur die 1.800 Opelner in Eisenach treffen, sondern auch 2.500 Arbeitsplätze im direkten Umfeld des Werkes. Darüber hinaus seien durch eine Schließung weitere 2.700 Arbeitsplätze in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie 15.000 im übrigen Bundesgebiet gefährdet, etwa bei Zulieferern.**

Eine Schließung hätte auch erhebliche Verluste bei den Steuereinnahmen zur Folge – rund 382 Millionen Euro insgesamt. Allein in den drei mitteldeutschen Bundesländern würden rund 110 Millionen Euro pro Jahr fehlen. Im Vergleich zu den Steuereinnahmen im Jahr 2008 seien das 1,7 Prozent weniger. Für das übrige Bundesgebiet würden sich nach der IWH-Kalkulation die Mindereinnahmen auf rund 272 Millionen Euro belaufen. Grundlage für die Berechnungen der Wirtschaftsforscher sind Daten aus dem vergangenen Jahr. Bei den Arbeitsplätzen sind aber mögliche Komplettpläten von Zuliefererbetrieben noch nicht berücksichtigt. „Und das ist das Mindeste, was wir zu erwarten haben.“ (Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle) – (MDR aktuell, 23. 11. 09)

**»Internationale Informationen«, Nr. 28, am 26. November erschienen.**

### Aus dem Inhalt:

- USA • Kampagne für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal**
- GewerkschafterInnen der amerikanischen Automobilgewerkschaft UAW sagen Nein zur Änderung ihres Arbeitsvertrages**
- Die Reform des Gesundheitswesens im Repräsentantenhaus verabschiedet**
- IRAK • Irak, Afghanistan, Pakistan... Die US-Regierung versinkt in Strömen von Blut**
- TUNESIEN • Das Regime von Ben Ali wird von Frankreich und den USA unterstützt**
- Pro Exemplar 8 Seiten DIN A 4, 1,- Euro (Bestellungen bitte über die Redaktionsadresse.)**